Nr. 3/2012, Das überflüssige Amt des Bundespräsidenten

Es braucht ihn doch!

Das Amt des Bundespräsidenten ist tatsächlich das letzte Relikt Obrigkeitsstaatlichkeit in unserer Verfassung und gehört abgeschafft. Die Väter des Grundgesetzes wollten dem Volk nur suggerieren, dass



CHROMORANGE / BILDAGENTUR-ONLINE

Schloss Bellevue in Berlin

es aufgrund seiner schrecklichen Erfahrungen mit der Diktatur endlich einen potentiellen Mittler seiner Interessen in der Berufspolitik hat. Damit der Präsident aber gerade nicht zu einer Art Kontrollinstanz der Legislative werden konnte, beschnitt der Parlamentarische Rat das Volk seines urdemokratischen Rechts, das Staatsoberhaupt selbst bestimmen zu dürfen, durch das für alle Ewigkeiten angelegte Totschlagargument, dass Hitler durch das Volk zum Staatsoberhaupt avancierte.

Hubertus Wulf, Brakel (NRW)

Wenn der Bürger verzichten soll auf die „Vorstellung, es gebe so etwas wie eine überparteiliche Weisheit“, dann entbindet das den Politiker von der Verpflichtung, nach fairen Kompromissen zu suchen und Teiloptimierungen zu vermeiden, die zu Lasten der Gesamtbilanz gehen. Was ist Gerechtigkeit anderes als überparteiliche Weisheit? Wir brauchen einen Bundespräsidenten, der das zuweilen anmahnt.

Werner Birke, Köln

Gäbe der Bundespräsident seine Rolle als Sonntagsredner der Nation auf und beschränkte er sich auf wirklich wichtige Themen, so gewänne er sicherlich an Gewicht und könnte sogar eine mit dem britischen Monarchen vergleichbare Beraterfunktion des Kanzlers übernehmen. Er könnte dieses Gewicht durch ein Beratergremium verstärken, durch einen Rat der Alten aus Amtsvorgängern, Ex-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Wissenschaftlern, von sachkundigen und persönlich unangreifbaren Personen.

Prof. em. Thilo Ramm, Darmstadt

Es braucht ihn doch! Gerade bei fehlenden parlamentarischen Mehrheiten erhält der Bundespräsident eine besondere Rolle: die Befugnisse bei der Wahl eines Bundeskanzlers mit nur einfacher Mehrheit (Art. 63 GG), die Möglichkeit der Auflösung des Bundestags nach einer verlorenen Vertrauensfrage (Art. 68 GG), die Ausrufung eines Gesetzgebungsnotstands mit Zustimmung des Bundesrats mit allen Konsequenzen (Art. 81 GG). Das alles tun Sie mit dem Satz ab: „Und der Notstand, in dem der Präsident der Nation den Weg weisen sollte, trat nie ein.“ Der Notfall tritt niemals ein – da könnte man genauso behaupten: AKW sind immer sicher.

Martin Staiger für die Klassen 10 c und 10 d, Ludwig-Thoma-Gymnasium, Prien am Chiemsee

Nr. 3/2012, Eine Schweinezucht bedroht den Tourismus in Vorpommern

Aus guten Gründen verboten

Es ist unzutreffend, das Problem auf die Frage zu reduzieren, ob Touristen oder Schweine mehr einbringen. Diese kann man nur eindeutig zugunsten der Touristen beantworten. Der in unserer Region begonnene sanfte Tourismus nützt nicht nur der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, er verlangt ja Faktoren wie saubere Luft, einwandfreies Trinkwasser, Artenvielfalt, naturbelassene Flussläufe, lauter Dinge, die besonders den Bewohnern der Region zugutekommen. Die hier lebenden Menschen, keineswegs nur die Zugereisten, stellen sich mehrheitlich gegen Agrarindustrie und Massentierhaltung.

Hartwig Woting, Meesiger (Meckl.-Vorp.) 1. Stellvertretender Bürgermeister



PICTURE ALLIANCE / DPA

Demonstration gegen Großagrarier

Da regt sich der ach so umweltbewusste Deutsche über das Verschwinden des Regenwalds für Palmölplantagen auf und zerstört selbst ohne Not die eigene Landschaft mit Monokulturen für fragwürdigen Biosprit und unwürdige Tierfabriken.

Gerhard Strehlow, Berlin

Der Verzehr von Schweinefleisch ist aus guten Gründen in vielen Kulturen verboten. Allesfresser eignen sich gut für die industrielle Fleischerzeugung, da sich die Futtermittel von weither transportieren lassen. Die Abfälle werden später zum Problem. Verbraucher haben die Möglichkeit, diese Produkte zu boykottieren. Die Politik sollte das fördern, denn die niedrigeren Preise für Schweinefleisch können nur zu Lasten der Umwelt erzielt werden.

Rudolf van Putten, Neukalen (Meckl.-Vorp.)